

Sri Lanka am Scheideweg?

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2015

Sunanda Deshapriya

Bei den Parlamentswahlen vom 17. August 2015 waren 225 Parlamentssitze zu vergeben. Der frühere Präsident Mahinda Rajapaksa, der Sri Lanka fast ein Jahrzehnt lang mit eiserner Faust regiert hatte, verlor zum zweiten Mal in diesem Jahr eine Wahl; seine Niederlage macht den Weg frei für einen Reformprozess, der schon seit den Präsidentschaftswahlen im Januar 2015 auf der Tagesordnung steht. Schon damals hatte der gemeinsame Kandidat der Opposition, der ehemalige Gesundheitsminister und Generalsekretär der SLFP (*Sri Lanka Freedom Party*), Maithripala Sirisena, den Sieg davongetragen. Die Abschaffung der *executive presidency*, die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und eine demokratische Regierungsführung ohne Günstlingswirtschaft waren seine zentralen Wahlversprechen. Dementsprechend war das erste, was die Öffentlichkeit nach Rajapaksas Ausscheiden aus der Regierung wahrnahm, ein frischer Wind, ein neues Klima der Freiheit. Unser Autor Sunanda Deshapriya berichtet über die Herausforderungen für die neue Regierung.

Eigentlich war die gemeinsame Plattform der Opposition der Höhepunkt einer drei Jahre zuvor ins Leben gerufenen Kampagne der Zivilgesellschaft, die angesichts kapitalistischer Vetternwirtschaft, der ausufernden Korruption, der Straflosigkeit und der familiären Feudalbesitztümer die *executive presidency* abschaffen und eine demokratische Regierungsführung in Sri Lanka wieder einführen wollte. Diese Bewegung wurde von dem bekannten buddhistischen Mönch Maduluwawe Sobhitha gemeinsam mit anderen führenden Intellektuellen und Aktivisten aus der Bürgerschaft zum Erfolg geführt: Zum Zeitpunkt der Präsidentschaftswahlen im Januar 2015 konnte die geeinte Opposition auf die direkte oder indirekte Unterstützung aller politischen Parteien zählen, mit Ausnahme der von Rajapaksa geleiteten Regierungspartei UPFA (*United People's Freedom Alliance*).

In kürzester Zeit gelang es Präsident Maithripala Sirisena eine Verfassungs-

änderung durchzubringen – das *19th Amendment*, und damit seine wichtigsten Wahlversprechen einzuhalten, nämlich die Abschaffung der meisten Vollmachten des Geschäftsführenden Präsidenten und die Einführung der Position eines mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten, zugleich aber den Abgeordneten gegenüber verantwortlichen Premierministers. Er hielt auch sein zweites Versprechen – dem Parlament ein neues Mandat durch freie Parlamentswahlen zu geben, nachdem ein 100-tägiges Reformprogramm im Frühjahr absolviert war.

Das vorhergehende Parlament war von den loyalen Anhängern des geschlagenen Ex-Präsidenten Rajapaksa dominiert worden, die nun versuchten, alle Reformbemühungen zu blockieren. Gedrängt von seiner Gefolgschaft und geblendet von seiner eingebildeten Popularität, entschloss sich Rajapaksa zur Kandidatur für den Posten des Premierministers. In diesem Zusammenhang gerieten die

Parlamentswahlen am 17. August zu einem entscheidenden Wettstreit zwischen der Demokratie und der singhalesisch-nationalistischen Alleinherrschaft.

Die Wahlergebnisse

Während des Wahlkampfs waren das von der UNP (*United National Party*) geführte Bündnis UNFGG (*United National Front for Good Governance*) und Rajapaksas UPFA die Hauptgegner. Am Ende gewann die UNFGG 106 Parlamentssitze und die UPFA 95. Die größte Partei der sri-lankanischen Tamilen, die TNA (*Tamil National Alliance*), errang 16 Sitze. Die radikale JVP (*Janatha Vimukthi Peramuna*) schaffte 6 Sitze und die verbleibenden 2 Sitze wurden zwischen dem Sri Lanka Muslim Congress und der *Eelam People's Democratic Party* aufgeteilt. Binnen nur sieben Monaten hatte Rajapaksa 1,1 Millionen Wähler verloren, seine Stimmen fielen von 5,8 Millionen im Januar auf nur 4,7 Millionen im August 2015.

Der Politikwissenschaftler Dr. Jayadeva Uyangoda hat darauf hingewiesen, dass diese Parlamentswahlen in zweierlei Hinsicht eine bedeutsame politische Tragweite haben werden, denn

1. damit hat die Mehrheit der Wähler ein zustimmendes Urteil zu dem im Januar eingeleiteten politischen Wandel abgegeben und

2. Mahinda Rajapaksas Hoffnungen auf eine Rückkehr zur Macht als Premierminister wurden zerschlagen.

Unter den Wahlergebnissen sind manche Resultate besonders bemerkenswert, wie beispielsweise das schlechte Abschneiden der rassistisch-nationalistischen Buddhisten, der BBS (*Bodu Bala Sena*) im Süden des Landes ebenso wie das der TNPF (*Tamil Nationalist People's Front*) im Norden. BBS und TNPF bekamen 20,377 (0,18 Prozent) und 18,664 (0,17 Prozent) der Stimmen, und das obwohl die TNPF unter der Führung des früheren Abgeordneten Gajendrakumar Ponnambalam sowohl vom *Tamil Civil Society Forum* unter Bischof Rayappu Joseph als auch von Gruppen aus der internationalen tamilischen Diaspora und indirekt auch vom Ministerpräsidenten der Nordprovinz, C. V. Wigneswaran, unterstützt worden war.

Die gemäßigte TNA erhielt im tamilischen Norden 65-70 Prozent der Stimmen. Dieser überwältigende Stimmenzuwachs wurde von politischen Analysten als günstige Voraussetzung für eine nachhaltige politische Lösung der ethnischen Frage begrüßt. Schon während der richtungsweisenden Präsidentschaftswahlen im Januar 2015 hatte die TNA eine Schlüsselrolle gespielt, große Teile des tamilischen Wählerspektrums wacherüttelt und für den gemeinsamen Kandidaten Sirisena gewonnen. Die Parlamentswahlen haben den Trend einer wachsenden Vorrangstellung der TNA im Norden und Osten Sri Lankas bestätigt.

Hoffnungen und Herausforderungen

Obwohl die Einzelheiten noch nicht öffentlich sind, lässt sich vermuten, dass die UNP und die SLFP eine Koalitionsregierung bilden werden. Außerdem hat der 15. Premierminister Ranil Wickremasinghe kurz nach Ableistung seines Amtseids gegenüber der Zeitung *The Hindu* erklärt, die TNA werde als dritter Partner bei der Formulierung einer dauerhaften politischen Lösung eingebunden. Zu diesem Zweck bot er als ersten Schritt an, eine Verfassungsrichtlinie – das *13th Amendment* – zu erweitern, das die Übertragung von Befugnissen zum Inhalt hat.³ Die TNA hatte in ihrer Wahlkampagne für eine föderale Struktur in einem vereinten Sri Lanka plädiert, wohingegen das Grundgesetzprogramm der UNFGG klar für den Einheitscharakter des Staates eintrat. Die Kluft zwischen den Erwartungen der Tamilen über die politische Lösung des Konflikts und den Auffassungen der jungen Regierung, wie Wickremasinghe sie darstellt, ist real und tief. Konstruktive und aufrichtige Verhandlungen werden nötig sein, um sie zu überbrücken.

Die neue Regierung steht vor vielen Herausforderungen. Eine davon – obwohl es nach einer Selbstverständlichkeit klingt – wird der Aufbau einer soliden öffentlichen Verwaltung sein.

In einer weiteren geht es um die Belange der Minderheiten. Nach der Amtsübernahme durch Präsident Sirisena wurde bereits ein Büro für Nationale Versöhnung geschaffen, das von der ehemaligen Präsidentin Chandrika Kumaratunga geleitet wird. Ihr Auftrag: Die „Nationale Einheit“ zu gestalten. Wenige Tage nach den Parlamentswahlen hatte Präsident Sirisena im Trincomalee-Distrikt eine Landrückgabe an 205 vertriebene Familien aus der Ortschaft Muttur angekündigt – das Land war bis dahin militärisch besetzt. Frau Kumaratunga be-

gleitete Sirisena und der Führer der TNA, R. Sampanthan, unterstützte den Präsidenten lächelnd.

Kurz darauf besuchte Kumaratunga Vavuniya, eine Stadt im Norden der Insel, um laufende Umsiedlungsprojekte zu prüfen. Sie sagte zu, für eine Prozessbeschleunigung zu sorgen.

Vor einigen Monaten hatte Präsident Sirisena die Rückgabe von 600 *acres* (circa 240 Hektar) militärisch besetzten Landes angekündigt, das ursprünglich Tamilen aus Sampoor gehört hatte. Hier zeigen sich ein neuer Elan und eine neue Schwerpunktsetzung im Hinblick auf den Versöhnungsprozess in Sri Lanka. Es bleibt abzuwarten, inwieweit und wie rasch die neue Regierung imstande sein wird, die Nachkriegsbeschwerden im Alltag der tamilischen Bevölkerung anzupacken und auf ihre Bedürfnisse – wie mit dem erwähnten Versöhnungsbüro – einzugehen.

UN-Untersuchungsbericht

Eine der vermutlich heikelsten Aufgaben der neuen Regierung hat auch mit der Tamilenfrage zu tun. Es handelt sich dabei um die Rechenschaft in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen am Kriegsende. Beide – Präsident und Premierminister – lehnen eine internationale Untersuchungskommission ab. Stattdessen schlagen sie glaubwürdige innerstaatliche Maßnahmen vor und signalisieren eine gewisse Kooperationsbereitschaft mit dem UNHCR (Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen). Vom 14.9. bis 2.10.2015 findet die 30. reguläre Sitzung des Menschenrechtsrates statt; dort wird der Untersuchungsbericht des OHCHR (*Office of the High Commissioner for Human Rights*) behandelt werden, der sich mit den Kriegsverbrechen im sri-lankischen Bürgerkrieg befasst. Es geht um Verbrechen auf beiden Seiten. Ein früherer OHCHR-Bericht hatte konstatiert, dass in den letzten Kriegsmontaten 40.000 tamilische Zivilisten getötet wurden,

die meisten durch bewaffnete Regierungstruppen.

Die neue Regierung hat ihre Zusage erneuert, einen für alle Seiten einschließlich der internationalen Gemeinschaft akzeptablen „Rechenschaftspflichtenmechanismus“ zu schaffen, der zu einem Ausgleich zwischen innenpolitischem und internationalem Aufklärungsdruck beiträgt. Man darf jedoch den Widerstand, der von Rajapaksa, seiner Familie, seinen Seilschaften sowie von Teilen des Militärs ausgeht, nicht unterschätzen. Der Menschenrechtsrat UNHCR und die Regierung werden deshalb vermutlich in Genf während der 30. Sitzung des Menschenrechtsrates einen Kompromiss suchen und einen Konsensbeschluss verabschieden. Während ihres Besuchs in Sri Lanka im August legte die stellvertretende amerikanische Außenministerin Nisha Biswal dar, dass auch die Vereinigten Staaten nunmehr eine solche Resolution unterstützen wollen.

Straflosigkeit

Bleibt noch das Thema „Beendigung der Straflosigkeit“: Bisher gibt es nur

wenige gerichtliche Wiederaufnahmeverfahren und keinerlei erwähnenswerte Fortschritte. Hier steht die Regierung vor der Herausforderung, strategische politische Entscheidungen zu treffen, anstatt sich in Ad-hoc-Wiederaufnahmeverfahren und Einzelfällen zu verzetteln. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung den nötigen politischen Willen zur Verfolgung der von Sicherheitskräften begangenen Straftaten aufbringen wird.

Außerdem stellt die Korruptionsbekämpfung eine weitere Herkulesaufgabe für die neue Regierung dar, speziell die Pflicht, korrupte Politiker zur Rechenschaft ziehen, denn die Mitglieder der politischen Klasse sind durch Familien- und Geschäftsnetzwerke untereinander eng verquickt. Schon der Einsatz einer Behörde zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität, der FCID (*Financial Crimes Investigation Division*) ist ein mutiger Schritt der neuen Regierung gewesen.

Der Wahlsieg des neuen Premiers Wickremesinghe hat Hoffnungen auf die Beschleunigung der Reformen und des Wirtschaftswachstums geweckt. Sri Lanka steht buchstäblich

am Scheideweg, obwohl es eigentlich keine Alternative dazu gibt, die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen und beides voranzutreiben.

*Aus dem Englischen übersetzt von
Claudia Koenig.*

Zum Autor

Sunanda Deshapriya ist ein prominenter und renommierter Journalist aus Sri Lanka, der seit 2010 im Schweizer Exil lebt.

Sunanda Deshapriya bei einem Workshop des PANOS-Netzwerkes mit nepalischen Journalisten in Kathmandu im Jahr 2003.

Foto: Free Media Movement

Endnoten

¹ Dieser Text wurde am 28. August 2015 geschrieben.

² <http://www.thehindu.com/opinion/lead/lead-article-for-a-fresh-beginning-in-sri-lanka/article6772536.ece>

³ <http://www.thehindu.com/news/international/n-ram-speaks-to-sri-lankan-prime-minister-ranil-wickremesinghe-on-tamils-and-13th-amendment/article7572191.ece>

